

Posener Zeitung.

Vierundfiebzigster

Jahrgang.

Nr. 43.

Donnerstag, 26. Januar

1871.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 14 Sgr. die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen-Bureau:
In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Mosse;
in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
A. Neumeier, Schloßplatz;
in Breslau: **Emil Khabath.**

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 25. Januar. Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Unsere Operationen in Nordfrankreich werden demnächst im Zusammenhang mit den Bewegungen des rechten Flügels unserer zweiten Armee (unter dem Großherzog v. Mecklenburg) noch größere Ausdehnung und Bedeutung gewinnen. Die „Cor.“ bestätigt ferner die bereits gemeldeten Daten über die Reichstagswahlen und den Zusammentritt des Reichstages.

Saarbrücken, 24. Januar. Aus Versailles wird vom 21. gemeldet: Auslassungen von Gefangenen am 19. d. stellen den Zustand von Paris so dar, daß die baldige letzte Entscheidung wahrscheinlich sehr nahe sei. Hiernach drängen auch die oppositionellen Erklärungen gegen Trochu. Der Rebel ist unserer Belagerungsartillerie einigermaßen hinderlich.

Brüssel, 24. Januar. Der Adjutant Trochu, Herrison, der in das deutsche Hauptquartier mit dem Ansinnen eines 48 stündigen Waffenstillstandes gesandt wurde, soll, wie verlautet, auch den Auftrag gehabt haben, sich über die Stimmung zu informieren, welchen Vorschlägen er wegen Räumung der Hauptstadt seitens der Besatzungstruppen im feindlichen Hauptquartier begegnen würde.

Bordeaux, 24. Januar. Aus Lyon wird der Regierung gemeldet, daß die Eisenbahnlinie Lyon-Besancon-Byans nahe Quingey durch feindliche Plänkler unterbrochen sei.

Aus Paris keine Nachrichten.

Havre, 24. Januar. Der Feind räumte Orbec wieder, nachdem er der Stadt eine Kontribution von 40,000 Francs auferlegt. Der Maire und 3 Munizipalräthe wurden gefangen geführt; die Preußen stellten den Vormarsch auf Eisleur ein. Die Bewegung war nur bestimmt um den Vormarsch von stärkeren feindlichen Truppenmassen auf Rouen zu decken. Diese Abtheilung, die ungefähr 20,000 Mann stark sein soll, soll augenblicklich zur Armee Goebens stoßen.

London, 25. Jan. Die Konferenz wurde gestern bis zum 31. d. Mts. vertagt.

(Vorstehende Depeschen wiederholen wir, weil sie nicht in allen Exemplaren der gestrigen Ausgabe Aufnahme gefunden haben.)

Brief- und Zeitungsberichte.

— Da es politische Rücksichten wünschenswerth erscheinen lassen, die Lage der französischen Kriegsgefangenen aus dem Elsaß und Deutsch-Lothringen möglichst zu verbessern, so hat der Minister des Innern unterm 12. d. M. eine dahin gehende Verfügung erlassen, wonach selbige, so weit es angeht, zu landlichen Arbeiten, und zwar da verwendet werden sollen, wo für Wohnung und Beföstigung gut gesorgt ist und auch ein höherer Lohn gezahlt wird. Eben so soll es den in Rede stehenden Gefangenen erlaubt sein, auf ihren Wunsch bei städtischen Handwerkern u. s. w. in Arbeit zu treten.

— Am Freitag starb in Spandau der Abbe Hermann (Cohen), der aus Frankreich gekommen war, um den französischen Kriegsgefangenen geistlichen Trost und Zuspruch zu gewähren. Er wurde von den Pöden ergriffen und starb an dieser Krankheit. Der Verstorbene, von jüdischer Abstammung, war zum Katholizismus übergetreten und als Kanzelredner, wie auch sonst in seiner geistlichen Wirksamkeit bekannt geworden.

— Der Abgeordnete Richter (Hirschberg), Quästor des Abgeordneten-Hauses, hat das vielen Personen neuerdings widerfahrte Unglück gehabt, auf dem glatten Trottoir auszugleiten und ein Bein zu brechen.

Bonn, 20. Januar. Pastor Tanagermann — so meldet man der „Rh. u. Ruhr Ztg.“ — ist noch ruhig in seiner Pfarrwohnung und im Besitze der amtlichen Papiere und des Siegels. Die 1. Regierung findet sich gesellig verpflichtet, ihn zu schützen. Auch ein Pfarrgehalt ist ihm geblieben. Der bei weitem größte Theil der Gemeinde steht zu ihm. Als der Erzbischof einen Bericht des von ihm nach Untel gesehten Kaplans und Verweisers der Regierung vorgelegt, wonach Unordnungen und Schlimmeres in der Gemeinde zu befürchten sei, wenn Pastor Tanagermann dort bliebe, soll die Regierung restriktiv haben: Unruhen seien nur dann zu befürchten, wenn dieser Kaplan dort seine Agitationen fortsetze. Daraus hin habe der Erzbischof den Vikar zurückgezogen. — Wir geben diese Nachricht nur mit Vorbehalt wieder.

Briefe aus Havre vom 18. melden, daß die dortige Armee auf dem Punkte steht, auszurücken. Die Wagen, die man für ihren Gebrauch requirirt hatte, wurden am 17. einer Inspektion unterworfen. Der außerordentliche Kommissar der Republik in der Seine-Inferieure, der Cure und dem Calvados, Carnot, ist am 16. in Havre angekommen. Derselbe erließ eine Proklamation, worin er ankündigt, daß er gekommen sei, um mit der Bevölkerung an der nationalen Vertheidigung zu arbeiten. Sadi Carnot ist ein früherer Zögling der protestantischen Schule und 34 Jahre alt; er war vor dem Kriege Ingenieur des Brücken- und Wegebau; er ist ein Enkel des berühmten Konventantiliedes, welchen Napoleon I. den „Organisator des Krieges“ nannte. Der General Koyfel, der neue Oberkommandant der Truppen in Havre, hat bis jetzt nichts von sich hören lassen. Er soll sich jedoch mit großartigen militärischen Plänen herumtragen. Einstweilen besuchen die Preußen die verschiedenen Städte und machen Requisitionen. Am 13. waren sie in Lillebonne; am 14. in Dieppe, wo sie 500,000 Frcs. requirirten und als die Zahlung verweigert wurde der Unterpräfekt Chabon und der Munizipalrath Frère als Geiseln mitgenommen. Am 15. kam es vor St. Romain zu einem

Gefecht, in welchem die Deutschen Sieger blieben; am 16. fand dort ein weiteres Gefecht statt und am 18. wurde Volbec mit einer Strafe von 100,000 Frcs. belegt und drei Geiseln mitgenommen, weil die Zahlung nicht sofort erfolgte. Auf der Bahn nach Rouen haben die Preußen den prächtigen Biadukt von Mirville, zwischen Beuzeville und St. Romain zerprengt; auch die Brücke bei Mirville auf der Bahn nach Fecamp ist zerstört worden.

Lyon, 19. Januar. Das erste Bataillon des Corps Frappoli hat Lyon verlassen, um sich nach dem Kriegsschauplatz zu begeben, heute sind 200 deutsche Gefangene mit acht Offizieren aus den Gefechten am Doubs hier eingetroffen. Unter den verwundeten Franzosen, die hierher geschafft wurden, befinden sich viele, welche schwere Frostwunden an den Füßen haben. — Die an der Loire abwärts operirenden Streikräfte, die Division des Generals De Pointe de Gernigny, welche neuerdings Oien besetzt hat, soll den Kern für die neu zu bildende Armee des Centrum bilden; es sind beträchtliche Truppenmassen zur Verstärkung derselben in Annamach; als ihr nächstes Angriffsobjekt wird Orleans bezeichnet. — In Valence hat sich eine ärgerliche Szene zugetragen. Die Abberufung des Procurators Belat hat den Rücktritt des Obersten der Nationalgarde Fayard und dieser einen gemeinsamen Schritt des Offiziercorps der Nationalgarde beim Präfecten Peigné-Cremieux nach sich gezogen. Man beschränkte sich nicht allein darauf, die Wiedereinsetzung des Procurators zu fordern, sondern ging so weit, auch den Rücktritt des Präfecten und seine sofortige Abreise zu verlangen, was Peigné-Cremieux verweigerte. — Aus Grenoble meldet man den Rücktritt des General-Procurators Michael Ladichère; derselbe wurde durch einen Republikaner von altem Datum Ronjat, Advokaten zu Vienne ersetzt. Die Bündelfabrik zu Grenoble ist das zweite Mal seit einem Monat in die Luft geflogen. — Der Schwiegervater des ermordeten Kommandanten Arnaud ist aus Schmerz über dieses Ereigniß gestorben.

Petersburg, 20. Jan. Dem Bericht über das Reichsbudget für 1871, den der Finanzminister dem Kaiser vorgelegt hat und der im „Reg.-Anz.“ veröffentlicht wird, entnehmen wir Folgendes:

Die gewöhnlichen Einnahmen sind mit 454,183,904 R. 97 1/2 %, v. angesetzt. Im Vergleich mit dem Budget für 1870 haben sich die Einnahmen um 21,003,705 R. 87 1/2 % vermehrt und um 15,032,026 R. 62 1/2 % vermehrt, so daß eine Vermehrung um 13,971,679 R. 25 1/2 % bleibt. Folgende Titel des Budgets sind in den Einnahmen höher veranschlagt worden. Die Steuern um 993,000 R., in Folge der Berechnung der Grundsteuer von den Bauer-landereien im Kaiserreich Polen nach der Zahl der wirklich vorhandenen, nicht privilegierten Ländereien, der Buzahlung der neuen Grundsteuer, welche in den westlichen Gouvernements die Naturalleistungen für die orthodoxe Geistlichkeit ergeben soll u. s. w.; die Handelssteuer um 784,000 R., die Getränkesteuer um 15,180,000 R. wegen der Erhöhung der Steuer für den Grad des reinen Spiritus von 5 auf 6 R., die Einführung der neuen Vorschriften über Branntweinbrennerei u. s. w.; die Salzsteuer um 217,000 R.; die Tabaksteuer um 331,000 R.; die Kaufsteuer und Kautelgebühren um 1,259,000 R.; die Passgebühren um 413,000 R.; die Posteinnahme um 1,480,000 R., in Folge der Uebertragung von 700,000 R. und der Abtheilung der Betriebseinnahmen; die Telegrapheneinnahme um 793,000 R.; der Rekruteneinnahmen u. s. w. um 230,000 R., wegen der verstärkten Rekrutierung u. s. w.; die Einnahme von den Wäldern um 1,862,000 R.; die Einnahme von den Hüttenwerken und Goldwaschereien um 1,073,000 R.; die Einnahme vom Verkauf von Erzeugnissen der Staatswirtschaft um 146,000 R., wegen der Erhöhung des Preises für das an Privatpersonen verkaufte Pulver; die Einnahmen des Reichsschatzes an Kommunalabgaben und aus anderen Quellen um 3,153,000 R., hauptsächlich in Folge der laut des Allerhöchsten Manifestes über die Rekrutierung von 1871 zu erwartenden Beiträge von den Reichs-Landtagssteuern zur Einkleidung der Rekruten und zur Deckung anderer bei der Rekrutierung zu tragenden Kosten u. dgl. m.; die zufälligen Einnahmen endlich um 554,000 R. Geringer veranschlagt sind folgende Titel: die Stempelgebühr um 371,000 R.; die Bergwerkssteuer um 162,000 R., die Einnahmen von den abgeforderten verpachteten Liegenschaften um 460,000 R.; die Einnahmen von den Eisenbahnen um 2,915,000 R., hauptsächlich wegen der Uebergabe einiger Staatsbahnen an Privatgesellschaften; die Einnahmen von zurückgezahlten Darlehen endlich um 900,000 R. Die in das Einnahmehudget von 1870 eingetragene Summe, welche von den Rekrutenstellern im Betrage von 1,599,000 R. zu zahlen war, ist aus dem diesjährigen Budget ganz ausgeschlossen, weil die Ausgaben für die Rekrutierung aus den Resten der Reichs-Landtagssteuern bestritten werden sollen; von den in das einjährige Einnahmehudget aufgenommenen Reven von den abgeschlossenen Voranschlägen im Betrage von 7 1/2 Mill. R. sind in dem diesjährigen Budget 3 1/2 Mill. in die Rubrik der Betriebseinnahmen übertragen und 4 Mill. R. ganz ausgeschlossen worden, weil dieselben zur Deckung der beim Entwurf des Budgets nicht vorausgesehenen Ausgaben verwendet werden sollen. Die allgemeine Summe der Ausgaben ist mit 489,012,702 R. 43 1/2 %, d. h. um 12,284,384 R. 74 R. höher als 1870, veranschlagt worden. Höhere Ausgabenansätze haben folgende Titel beantragt: die Reichsschuld um 3,809,000 R., in Folge der Eintragung des Kredits zur Zahlung der Prozent- und der Amortisationsquoten auf die Proz. Konsolidirten Obligationen der russischen Eisenbahnen u. s. w.; die Ausgaben für den heiligen Synod um 672,000 R.; die für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten um 60,000 R.; die für das Kriegsministerium um 9,681,000 R., in Folge der Aufnahmen der Ausgaben zur Anfertigung von Metallpatronen und zum Umbau der Zulaufschiffe und wegen der Anweisung größerer Kredite zur Ertheilung von Koch- und Portionsgeldern an die Truppen und zur Beschaffung von Uniformungsgegenständen und besonderen militärischen Vorräthen; die Ausgaben des Ministeriums um 208,000 R., wegen der Anweisung größerer Summen zu Schiffen und anderen Bauten; die Ausgaben des Finanzministeriums um 1,383,000 R., die des Ministeriums des Innern um 2,072,000 R.; die des Unterrichtsministeriums um 459,000 R.; die des Justizministeriums um 1,033,000 R. wegen der weiteren Einsetzung der neuen Justizbehörden; die Ausgaben der Reichskontrolle endlich um 20,000 R. Die Summe aller dieser Vermehrungen beträgt eigentlich 19,587,376 R. 62 1/2 %, dann bleiben jedoch nach Ausschließung der 3,666,252 R. 56 R., welche in die Betriebsausgaben übertragen worden sind, nur 15,921,124 R. übrig. Die Summe aller Verminderungen beträgt im Ganzen 5,811,293 R.

43 1/2 R. Die in dem Reichsbudget für 1871 aufgenommenen Ausgaben für Eisenbahnbauten und zum Bau des Oeffener Hafens im Betrage von 10,347,580 R. 90 R. werden aus dem besonderen Eisenbahnfonds gedeckt, der gegenwärtig einen Vorrath von 15,386,300 R. enthält.

— Dem von der russischen Regierung seit dem letzten politischen Aufstande konsequent verfolgten Streben nach Aufhebung aller politischen Sonderrechte des Königreiches Polen ist jetzt auch die Selbstständigkeit des Postwesens dieses Landes zum Opfer gefallen. Ein kaiserlicher Ukas hebt nämlich die Organisation des das Königreich Polen umfassenden westlichen Postbezirk auf, ordnet die Errichtung von vier Oberpostämtern an und stellt diese unter die Verwaltung des Post-Departements in Petersburg. Die neue Post-Reorganisation ist bereits mit dem griechischen Neujahr ins Leben getreten.

Kolo, 23. Januar. Die Garnison unserer Stadt, bisher nur aus einer Eskadron Husar bestehend, soll zum Frühjahr durch ein halbes Bataillon Infanterie und eine Batterie der reitenden Artillerie vermehrt werden. — Wie man in militärischen Kreisen meint, werden von jetzt ab die Reven sich nicht mehr auf bloße Uebungen in den Lagern und um diese herum beschränken, sondern in größeren Ausdehnungen mit Divisions- und Artillerieaufstellungen auf größerem Terrain abgehalten werden, ähnlich den in Preußen während Friedenszeiten alljährlich ablichen Herbstmanövern. Ein solches Manöver soll in der Zeit vom Anfang Juli bis Mitte August in den Terrains zwischen Lodz und Warschau stattfinden; vor Beginn so wie nach Beendigung desselben bis Ausgang September werden die Truppen wie gewöhnlich bei Pownosko im Lager sein. Ob in diesem Sommer schon das bei Genschoan beabsichtigte Lager errichtet und besogen werden wird, ist noch nicht bestimmt, steht aber kaum zu erwarten, da die nöthigen Vorarbeiten noch zu weit zurück sind und viel Zeit erfordern.

Konstantinopel, 22. Januar. In Regierungskreisen ist heute die Version verbreitet, Fürst Karl von Rumänien habe vertraulich wissen lassen, daß er, falls die in seinem Memorandum enthaltenen Reklamationen noch länger ignoriert würden, entschlossen sei, Rumänien zu verlassen. (N. Fr. Pr.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 26. Januar. Die berliner Post, welche heut morgen eintreffen sollte, haben wir bis zum Schluß des Morgenblattes noch nicht erhalten. Es fehlen uns somit Briefe, Zeitungen und Börsenberichte.

— Der „Tygodn. kat.“ weist die vom „Dziennik poz.“ proponirte Kandidatur des bekannten, in Dresden lebenden Schriftstellers J. J. Krajewski für den deutschen Reichstag mit großer Gereiztheit zurück. Das klerikale Blatt erblickt in dieser Proposition, ein von großer Redlichkeit zeugendes Vorgehen der unkirchlichen Partei des „Dziennik“, die sich nicht scheue, Männer als Vertreter der Katholiken der Provinz Posen zu empfehlen, die zu den offenen Gegnern der katholischen Kirche gehören und wegen ihrer Unkenntniß der deutschen Sprache und der deutschen Rechtsverhältnisse durchaus nicht befähigt seien, zum Vortheil der Provinz einen Sitz im deutschen Reichstage einzunehmen. Das Blatt spricht daher die Erwartung aus, daß die polnischen Wähler der kirchenfeindlichen Agitation mit Entschiedenheit entgegenzutreten und sie unschädlich machen werden, und stellt für die bevorstehenden Reichstagswahlen folgendes Programm auf:

Die katholische Gesellschaft bedarf und wünscht als Vertreter ihrer Interessen ernste, vorurtheilsfreie und leidenschaftlose Männer, welche die Bedürfnisse und die geistliche Stimmung ihrer Mitbürger genau kennen, — Männer, welche offen den römisch-katholischen Glauben bekennen, treu zu dem unfehlbaren Stellvertreter Christi halten und dem apostolischen Stuhl sowie denjenigen, welche der heilige Geist zu Verwaltern der Kirche gesetzt hat, Unterwürfigkeit und Gehorsam bewiesen. Nur diejenigen, die sich des Namens Ultramontaner nicht schämen, sind die wirklichen und würdigen Vertreter der moralischen und religiösen Interessen unseres katholischen Großherzogthums.

Es ist das erste Mal, daß der „Tygodn. kat.“ von den Wahlen zu den gesetzgebenden Körpern überhaupt Notiz nimmt, und da er sogar ein Programm für dieselben aufstellt, so dürfte darin ein Fingerzeig liegen, daß die klerikale Partei entschlossen ist, sich an der Agitation für die bevorstehenden Reichstagswahlen in hervorragender Weise zu betheiligen, um ihr eine ihren Interessen entsprechende Richtung zu geben.

— Die Redlichkeit der ultramontanen Partei ist wahrhaft erstaunlich. Ein eklatantes Beispiel davon liefert der streng ultramontan gesinnte polener Korrespondent des „Gaz“, der, um den Erzbischof Graf Ledochowski gegen den ihm polnischseits gemachten Vorwurf zu vertheidigen, daß er durch Ueberreichung der bekannten Adresse an Se. M. den König sich auf unwürdige Weise vor einem protestantischen Monarchen gedemüthigt habe, zu der Behauptung sich versteift, der Erzbischof Graf Ledochowski sei vor den König in Versailles getreten, nicht um ihn zu bitten, daß er die weltliche Macht des Papstes durch Waffengewalt wiederherstelle, sondern um dies als ein gutes Recht der katholischen Angehörigen des preussischen Staates zu fordern, weil demselben durch das Gesetz und königliche Verheißungen Gewissensfreiheit garantirt sei. Bekanntlich war unter der päpstlichen Regierung den Belennern des evangelischen Glaubens die öffentliche Ausübung ihrer Religion in Rom und im ganzen Kirchenstaate bei strenger Strafe verboten. Was würde wohl der polener Korrespondent des „Gaz“ gesagt haben, wenn evangelischseits an den König von Preußen die Forderung gestellt worden wäre, daß er den Papst mit Krieg überziehe und ihn zwingt, wenigstens den im Kirchenstaat sich aufhaltenden evangelischen Unterthanen Preußens Gewissens- und Religionsfreiheit zu gewähren? Würde er es nicht und billig gefunden haben, daß auch die preussischen Katholiken in diesem Kriege Gut und Blut für die evangelische Religionsfreiheit opferten?

— Zum Fremdenverkehr. Die königliche Regierung zu Düsseldorf hat eine Bekanntmachung erlassen, durch welche sie die genaue Befolgung ihrer Vorschriften in Betreff der Fremdenpolizei einschärft. Im Eingange der Bekanntmachung sagt die Regierung: „Es ist festzustellen, daß wegen der jetzigen französischen Regierung, mit bedeutenden Geldmitteln versehen, mit solchen Paffen und unter den verschiedensten Gestalten im Lande umherreisen, mit dem Auftrage, die Kriegsgefangenen zur Waffenlieferung und zum gewaltthätigen Ausbruch zu bewegen.“ Die Regierung richtet zugleich an

